



DEUTSCHER HANF VERBAND – DUNCKERSTR. 70 – 10437 BERLIN

**Bundeszentrale für gesundheitliche  
Aufklärung****Ostmerheimer Str. 220  
51109 Köln****DEUTSCHER HANF VERBAND**Inh.: Georg Wurth  
Dunckerstr. 70  
10437 BerlinTel: +49-(0)30/ 447 166 53  
Fax: +49-(0)30/ 447 166 54  
Mail: Georg.Wurth@hanfverband.de  
www.hanfverband.de

12.01.2007

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir möchten Sie auf diesem Wege auf ein Problem aufmerksam machen, das uns sehr am Herzen liegt. Die Gesundheit des Einzelnen liegt im Interesse der gesamten Gesellschaft, jedoch sind für Einige die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so gesteckt, dass sie einer gesunden Lebensweise entgegenstehen, bzw. einen Rahmen schaffen, der gesundheitsschädliche Produkte geradezu herausfordert, so auch bei Cannabis.

Über die schlechte Qualität der sich derzeit auf dem deutschen Schwarzmarkt befindlichen Cannabisprodukte wird seit einiger Zeit in allen Szenemagazinen aber z.B. auch in der Hamburger Morgenpost berichtet. Man spürt den Unmut und den Zorn über die Skrupellosigkeit der Hersteller, die durch Streckmittel aller Art und den unseriösen Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln ihren Profit zu steigern suchen. Man könnte dazu tendieren, dass dies ein Problem der Konsumenten selber sei, was konsumieren sie auch dieses „illegale Dreckszeug“. Das Pikante an der Sache ist, dass nicht einfach nur versucht wird, den möglichst größten Gewinn zu erzielen (was unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nur allzu gut nachvollziehbar ist), sondern, dass aus einem für den menschlichen Organismus relativ unschädlichen Kraut ein mit verschiedensten Stoffen verseuchtes Kraut wird, dessen Auswirkungen auf den Menschen sich nur erahnen lassen, die mit Sicherheit aber gesundheitsschädlich sind. Beim Anbau kommen Pestizide zum Einsatz, die normalerweise nur bei Zierpflanzen zum Einsatz kommen und für Nutzpflanzen verboten sind. Sand und andere anorganische Stoffe werden mit Hilfe von synthetischen Substanzen wie Haarspray auf die Blüten aufgebracht. Es wird mit Zuckerlösungen und an der Luft aushärtendem Flüssigplastik gearbeitet. Hier geht es also um einen Profit, der auf Kosten der Gesundheit der Konsumenten erwirtschaftet wird.

Deutscher Hanf Verband

Konto: 500794106; BLZ: 10010010; Postbank Berlin  
IBAN/BIC: DE10 1001 0010 0500 7941 06 / PBNKDEFF

(ein Einzelunternehmen von Georg Wurth, Steuernummer 31/600/63552; Finanzamt Berlin/Prenzlauer Berg)

Da es sich beim Cannabismarkt um einen Schwarzmarkt handelt, hat der Konsument keine Möglichkeit, sich gegen die mangelhafte Qualität zu wehren, noch gegen die entsprechenden Verursacher vorzugehen. Die Logik des Schwarzmarktes selbst sorgt für diese katastrophale Entwicklung der Qualität, denn ohne Verbraucherschutz und Qualitätskontrollen sind den Geschäftemachern keine Grenzen gesetzt und dem Einsatz gesundheitsschädlicher Stoffe Tür und Tor geöffnet. Dementsprechend ist es für uns auch keine Lösung, den Konsumenten zu erklären, dass sie „dieses Teufelszeug“ ja nicht konsumieren müssten und es ohnehin besser wäre, davon wegzukommen, da die hier angesprochene gesundheitsschädliche Wirkung nicht vom Cannabis selbst ausgeht, sondern von oben angeführten Beimengungen und Herstellungsverfahren.

Da dem Konsumenten selbst die Hände gebunden sind, ist für uns als Hanfverband an dieser Stelle das Eingreifen des Staates erforderlich, um die Gesundheit der Konsumenten (immerhin geschätzte 4 Millionen in Deutschland) vor diesen Machenschaften zu schützen. Es ergeben sich aus unserer Sicht folgende Handlungsfelder:

1. Die Problematik ernst nehmen. Das bedeutet das Thema öffentlich aufzugreifen, über die möglichen Gefahren aufzuklären und praxistaugliche Hinweise zu geben. In unseren Recherchen sind viele Fragen über die genauen gesundheitlichen Auswirkungen der einzelnen Stoffe offen geblieben. Verbunden mit dem offensichtlichen Wunsch vieler Konsumenten, mehr über die gesundheitsschädlichen Beimengungen zu erfahren, ergibt sich hier ein großer Informationsbedarf, der sich sicherlich problemlos auf Eltern, Lehrer und Drogenhilfeeinrichtungen erweitern lässt.
2. Daraus folgt direkt, dass Analysen von Proben durchgeführt und die Ergebnisse veröffentlicht werden müssen. Dies hätte den Effekt, dass systematisch die Beimischungen erfasst und deren gesundheitliches Risiko bewertet werden könnte. Gleichzeitig wird dadurch ein nicht unwesentlicher Druck auf die Hersteller ausgeübt, der die Gesamtqualität der auf den Markt befindlichen Cannabis-Produkte erhöhen würde. Bisherige Untersuchungen umfassen nur sehr kleine Stichproben und beziehen sich vor allem auf die Niederlande. Unser Ansinnen gegenüber dem BKA, sichergestelltes Cannabis dahingehend zu analysieren, wurde mit dem Hinweis, dass dies nicht in den Aufgabenbereich des BKA falle, abgelehnt. Eine systematische Erfassung und Analyse als Grundlage für eine seriöse Risikoabschätzung fehlt bisher! Eine weitergehende Variante wäre es, wenn bestimmte Stellen oder Verbände (zu denken wäre hier an Apotheken oder Drogenhilfevereine) die Erlaubnis erhalten, solche Analysen durchzuführen, um damit dem Konsumenten die Möglichkeit einzuräumen, anonym die Qualität des Cannabis zu überprüfen und gesundheitliche Schädigungen durch Fremdstoffe auszuschließen.
3. Ein für uns sehr Nahe liegendes, für Teile der Gesellschaft womöglich zunächst eher befremdliches Handlungsfeld ist die Erlaubnis zum Eigenanbau einer bestimmten Anzahl von Hanfpflanzen zum Eigenverbrauch. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Reduzierung von Gesundheitsgefahren durch Pestizide oder unerwünschte Beimengungen und Streckmitteln stellt dies für uns ein wichtiges Thema dar.

Die Streuung seriöser Informationen und eine Form des Drug-Checkings sind wichtige und effektive Möglichkeiten der von Ihnen angestrebten Gesundheitsprävention, insbesondere dann, wenn man davon ausgeht, dass 4 Millionen Kiffer nicht von einem Tag auf den anderen den Konsum von Cannabis einstellen, zumal sie das seit Beginn der Repression nicht getan haben. Diese Maßnahmen sind im Rahmen der derzeitigen Gesetzeslage problemlos umzusetzen.

Wir sehen Sie, die BZgA, als die zentrale und kompetente Instanz auf staatlicher Seite, die sich dieses Themas annehmen kann und im Interesse der Cannabiskonsumenten auch annehmen muss, um größeren gesundheitlichen Schaden abzuwenden, und fordern Sie auf, sich im vollen Rahmen ihrer Möglichkeiten diesem Thema zuzuwenden.

Über eine Rückmeldung ihrerseits würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Wurth